

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Günther Felbinger FW**
vom 23.02.2011

Leistungszulagen im Lehrerinnen- und Lehrerbereich

Ich frage die Staatsregierung:

1. Wie hoch ist der Gesamtbetrag, der seit 2009 bis jetzt als Leistungszulage für Lehrkräfte im Regierungsbezirk Unterfranken ausgeschüttet wurde?
2. Welche Beträge wurden seit 2009 bis heute als Leistungszulage für Lehrkräfte in den Landkreisen Main-Spessart, Bad Kissingen, Kitzingen, Rhön-Grabfeld, Haßberge, Würzburg-Stadt und Würzburg-Land jeweils ausgezahlt?

Antwort

des **Staatsministeriums für Unterricht und Kultus**
vom 05.04.2011

Zu 1.:

Die im Bereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus gezahlten Leistungsbezüge für Beamte sind bei Kapitel 0502 Titel 422 45 nachgewiesen. Verausgabt wurden in ganz Bayern in 2009 € 7.422.463,64, in 2010 € 7.597.626,91. Davon entfielen auf den Regierungsbezirk Unterfranken in 2009 € 555.563,79, in 2010 € 533.687,58. Die genannten Beträge enthalten neben den verbeamteten Lehrkräften auch sonstige Beamte.

Zu 2.:

Im Folgenden werden die Beträge genannt, die den einzelnen Gebietskörperschaften für Leistungsprämien zur Verfügung gestellt wurden:

Landkreis	2009	2010
Main-Spessart	74.404,45 €	69.354,23 €
Bad Kissingen	64.730,36 €	61.380,15 €
Kitzingen	50.869,04 €	48.711,36 €
Rhön-Grabfeld	57.863,36 €	54.635,89 €
Haßberge	52.613,65 €	54.604,00 €
Würzburg-Stadt	70.415,26 €	70.019,58 €
Würzburg-Land	64.161,70 €	64.518,66 €

Die der Berufsschule Kitzingen-Ochsenfurt zugewiesenen Mittel betreffen den Landkreis Würzburg und den Landkreis Kitzingen. Da eine eindeutige Zuordnung nicht möglich ist, wurden die Beträge je zur Hälfte dem Landkreis Würzburg und dem Landkreis Kitzingen zugeordnet.

Die tatsächlich ausgezahlten Beträge weichen von den Beträgen, die den Schulen zur Verfügung gestellt wurden, in der Regel allenfalls geringfügig ab, die Daten liegen dem Staatsministerium nur teilweise vor. Sie könnten allenfalls durch eine aufwendige Rückfrage bei den betreffenden Schulen ermittelt werden. Zur Vermeidung diesen zusätzlich entstehenden hohen Verwaltungsaufwands wurde auf eine solche Erhebung verzichtet.